



## Beschluss

Beschluss des MIT-Landesvorstandes am 07. November 2013

### **Chemische Industrie muss der Motor des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen bleiben**

Die Chemie- und Pharmaindustrie gehört zu den Schlüsselindustrien in Nordrhein-Westfalen. Mit über 100.000 Beschäftigten befindet sich fast jeder vierte deutsche Chemiarbeitsplatz in Nordrhein-Westfalen. Neben einigen großen Unternehmen wie Bayer, Evonik oder Lanxess besteht die Branche ganz überwiegend aus kleinen und mittelständischen Unternehmen. Die 480 Chemie- und Pharmaunternehmen in unserem Land erwirtschaften jährlich rund 30 % des Umsatzes der deutschen chemischen Industrie (etwa 54 Mrd. Euro). Die chemische Industrie in NRW liegt nach Umsatzzahlen gemeinsam mit dem Maschinenbau auf Platz 1. Der Chemiestandort NRW nimmt EU-weit Rang 5 und weltweit Rang 13 ein. Deutschland war 2012 im internationalen Vergleich die viertgrößte Chemienation hinter China, USA und Japan, die deutsche Chemieindustrie ist zudem Exportweltmeister.

Die chemische Industrie in Nordrhein-Westfalen steht gemeinsam mit anderen energieintensiven Branchen am Anfang der Wertschöpfungskette und nimmt damit eine Schlüsselposition ein. Sie ist die Basis für einen erfolgreichen Industrie- und Wirtschaftsstandort NRW mit etwa 17.000 Unternehmen und 1,42 Mio. Beschäftigten. 25 % der Bruttowertschöpfung unseres Landes werden durch diese (oft mittelständische) Industrie erzielt, im Vorleistungsverbund sogar fast ein Drittel.

Die MIT NRW setzt sich daher für eine Stärkung des Chemie- und Pharmastandortes NRW ein. Die MIT NRW fordert Landtag und Landesregierung auf, die Rahmenbedingungen für die chemische Industrie in NRW kontinuierlich zu verbessern. Hierzu sind aus Sicht der MIT NRW insbesondere folgende Maßnahmen zu ergreifen:

#### 1. Verbundstandorte stärken: Vernetzung als Schlüsselfaktor

Wichtige Erfolgsfaktoren für die Standorte der Basischemie sind Vernetzung und industrielles „Hinterland“. Für diese Vernetzung stehen exemplarisch die sogenannten Verbundstandorte mit einer Vielzahl verschiedener miteinander verbundener Produktionsprozesse. In ihnen werden ausgehend von der Basischemieproduktion über mehrere Stufen hinweg Produkte als Ausgangsstoff für weitere Produktionen genutzt. Nebenprodukte aus den Prozessen werden an Ort und Stelle zu weiteren Produkten verarbeitet, was die Wirtschaftlichkeit der Produktion erhöht und zugleich ein Paradebeispiel für Ressourceneffizienz ist. Standortinterne Pipelineverbindungen ermöglichen eine hocheffiziente Logistik.

Die Basischemie in Deutschland spielt für weiterverarbeitende Chemie- und Industriezweige eine große Rolle, da sie eine große Bandbreite an Branchen mit den für ihre Produktion notwendigen Einsatzstoffen versorgt und zwar in räumlicher Nähe zur Weiterverarbeitung. Pipelines zwischen Standorten ermöglichen den Austausch flüssiger und gasförmiger Basischemikalien über Standorte hinweg und erhöhen damit die Liefersicherheit. So können Wertschöpfungsketten weiterbetrieben werden, auch wenn einzelne Anlagen in Revisions-Stillständen sind. Zudem sind technisch qualifizierte Pipelines unabhängig von anderen Störgrößen (z. B. Einschränkungen der Schifffahrt und des Güterverkehrs auf Schiene und Straße) und sie stellen das sicherste Transportmittel dar. Ein gut ausgebautes Pipelinennetz hat für die chemische Wertschöpfungskette die Wirkung eines Investitionsankers. Die Reservierung von Trassen für den Ausbau des Pipelinennetzes, verbunden mit einer beschleunigten Realisierbarkeit neuer Pipelineverbindungen kann eine wichtige strategische Maßnahme zur Sicherung des Chemieverbands darstellen.

## 2. Energieversorgung: sicher, sauber, kostengünstig

Energieintensive Industriezweige wie die Chemieindustrie sind auf sichere und kostengünstige Energieversorgung angewiesen, um in Deutschland wettbewerbsfähig produzieren und ihre Position am Weltmarkt halten zu können. Die aktuellen Förderungsmechanismen des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG) sorgen jedoch seit Jahren für steigende Preise. Gleichzeitig gerät die konventionelle Stromerzeugung immer stärker durch den unkontrollierten Zubau erneuerbarer Energien unter Druck. Immer mehr konventionellen Kraftwerken droht daher aus wirtschaftlichen Gründen die Abschaltung, obwohl sie für die Versorgungssicherheit dringend benötigt werden. Eine grundlegende Überarbeitung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) ist daher zwingend erforderlich. Hier muss eine große Koalition auch Großes leisten.

Um die Belastungen für Verbraucher und Unternehmen nicht weiter zu erhöhen und damit die Akzeptanz der Energiewende nicht zu gefährden, ist eine Überarbeitung der bestehenden Förder-, Preisbildungs- und Investitionsanreizsysteme zwingend erforderlich. Das zukünftige System muss marktwirtschaftlich ausgerichtet, effizient, technologieoffen, innovationsfördernd sowie europarechtlich kompatibel sein und sollte zusätzlichen administrativen Aufwand vermeiden. Neben der erforderlichen Marktintegration der Erneuerbaren Energien ist eine Synchronisation des Ausbaus der Erneuerbaren Energien mit dem Netzausbau notwendig. Das neue System ist so auszugestalten, dass die sich aus der Energiewende ergebenden Kosten auf viele Schultern verteilt und somit eine solidarische Finanzierung gesichert wird.

Das Industrieland Nordrhein-Westfalen benötigt Versorgungssicherheit. Hierzu werden auch zukünftig konventionelle Kraftwerke benötigt. Daher muss der Betrieb und der Bau moderner und effizienter Kohle- und Gaskraftwerke in einem marktwirtschaftlich organisierten Umfeld auch zukünftig möglich sein. Zur Sicherung

von Kraftwerkskapazität als Backup muss ein subventionsfreier und nach ordnungspolitischen Regeln funktionierender Kapazitätsmarkt entstehen. Neben der gezielten Förderung von Speichertechnologien müssen zudem die Netze ausgebaut werden. Hierbei sind die Einbeziehung von intelligenten Netzen voranzutreiben, Genehmigungsverfahren zu kürzen und Investitionen zu erleichtern.

### 3. Fachkräftemangel entgegenwirken

Industrielle Produktion und Produktivität hängen gerade in der Chemieindustrie in erheblichem Maße von der Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte ab. Die Sicherung des Fachkräftebedarfs wird nur durch ein Bündel verschiedener Maßnahmen gelingen. So muss zukünftig noch stärker als bisher sichergestellt werden, dass Schulabgänger zur Ausbildungsreife geführt werden. In den Stundentafeln der allgemeinbildenden Schulen muss der für Berufe in der chemischen Industrie wichtige MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) weiter gestärkt werden.

Die duale Ausbildung ist ein wichtiger Pfeiler für die Sicherung des Fachkräftebedarfs und bedarf der stetigen Verbesserung, insbesondere durch eine Verbesserung der Qualität der Lehre an Berufsschulen.

Die Erwerbsbeteiligung, insbesondere von Frauen, muss durch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht werden. Statt einer Abschaffung von Kindergartenbeiträgen wäre zuerst ein Ausbau der Betreuungsinfrastruktur notwendig. Schließlich ist eine Steigerung der arbeitsmarktbezogenen Zuwanderung notwendig.

Die betriebsübergreifende Ausbildung für Arbeitnehmer mit Berufserfahrung, aber ohne Fachausbildung und -abschluss soll weiter geführt werden. Dabei kommt Trainingszentren eine hohe Bedeutung in der Chemieindustrie und anderen Branchen zu.

### 4. Stärkung des Forschungs- und Wissenschaftsstandorts NRW

Die Hochschulautonomie in NRW muss gestärkt werden. Die MIT NRW lehnt daher alle Änderungen des Hochschulfreiheitsgesetzes, die zu einem weniger an Autonomie der Hochschulen führen, ab. Ferner muss der Transfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft verbessert werden, z.B. durch einen stärkeren Transfer wissenschaftlichen Personals in Neugründungen durch Rotationsverfahren sowie die Honorierung von Patentanmeldungen von Professoren sowie deren langfristige Beziehungen zu Unternehmen.

EFRE-Mittel sind gezielt für Forschung und Entwicklung zu bündeln.

Forschungsfeindliche Gesetze, wie das Gesetz über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine, müssen zurückgenommen werden. Die Clusteraktivitäten sind gezielt im Bereich der chemischen Forschung zu intensivieren.

## 5. Klimaschutzgesetz ist Belastung für Chemiestandort NRW

Klimaschutz ist eine globale Aufgabe, die verbindliche Beiträge von allen Ländern weltweit erfordert, um effektiv zu sein. Alleingänge wie der in NRW mit dem Klimaschutzgesetz unternommene, verursachen hohe volkswirtschaftliche Kosten und helfen dem Klima kaum. Insbesondere für die im internationalen Wettbewerb stehende energieintensive Chemieindustrie wirken Klimaschutzgesetz und Klimaschutzplan wettbewerbsverzerrend. Dabei wird verkannt, dass das durch die Chemieproduktion in NRW ausgestoßene CO<sub>2</sub> später durch den Einsatz der Produkte z.B. im Leichtbau (Automobilbereich) weltweit wieder eingespart wird, weil weniger Kraftstoff verbraucht und damit auch weniger CO<sub>2</sub> ausgestoßen wird. Die MIT setzt sich daher für eine Abschaffung des Klimaschutzgesetzes NRW sowie einen Verzicht auf den Klimaschutzplan NRW ein.

## 6. Verbesserung der Verkehrswegeinfrastruktur in NRW

Die A1-Rheinbrücke steht beispielhaft für den schlechten Zustand der Verkehrsinfrastruktur in NRW. Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, braucht auch die chemische Industrie eine rundumerneuerte Infrastruktur. Die MIT NRW fordert daher eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, u.a. durch die Rücknahme der Kürzungen im Landesstraßenbau, das Vorantreiben von Planfeststellungen, um Landes-, Bundes- und EU-Mittel in voller Höhe abrufen zu können sowie das Heben und Reinvestieren von Effizienzgewinnen im Verkehrswegebau.